

Das Ei, woher es kommt und wie es entstand, soll genauer beleuchtet werden. • Foto: dpa

## Landwirtschaftsminister will die Eier-Betrüger nennen

Ministerium zieht Konsequenzen aus Bio-Skandal / Initiative im Bundesrat

Von Hans Brinkmann

HANNOVER • Das Agrar- und Verbraucherministerium zieht erste Konsequenzen aus dem Eierskandal. Demnach sollen die Kontrollen ausgeweitet, die Namen betrügerischer Betriebe veröffentlicht und per Bundesratsinitiative bessere Vorkehrungen für die Aufklärung solcher Vorfälle getroffen

Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) kündigte gestern in Hannover an, dem Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Laves) Oldenburg verstärkte Kontrollbefugnisse weisen. So wolle man zum Beispiel das Personal dieser Behörde aufstocken und eine Einheit zur kreisübergreifenden Kontrolle von Großbetrieben schaffen. Zugleich solle das Laves sowohl private Eigenkontrollsysteme als auch die für die Überwachung zuständigen Landkreise intensiver unterstützen. Das zusätzliche Personal will das Land dadurch finanzieren, dass wie bei Biohöfen künftig auch bei konventionellen Betrieben eine Gebühr für Kontrollen erhoben wird.

Der Minister unterstrich, dass die rund 150 jetzt bekannt gewordenen Verdachtsfälle von "systematischem Betrug" mit Legehennen auch rechtlich weitreichende Folgen haben könn-

ten. Dies könne bis zum

## Bio-Bauern fürchten um Ruf

Bio-Bauern fürchten angesichts des neuen Eier-Skandals um ihren guten Ruf. "Unsere Sorge ist, dass es jetzt wieder heißt: Bio kann man auch nicht trauen", sagt der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Eckehard Niemann. In der Arbeitsgemeinschaft haben sich vor allem kleine und mittlere Betriebe zusammengeschlossen, die sowohl ökologisch als auch konventionell wirtschaften. "Jetzt müssen sich die Verbände deutlich von der Agrarindustrie distanzieren und entsprechende Betriebe ausschließen", forderte Niemann. "Auch muss die viel zu lasche Bioverordnung der Europäischen Union auf den Stand der Bioverbände angehoben werden." Der AbL-Sprecher erläuterte, bei der Kontrolle von Legehennenbetrieben gebe es auch technische Schwierigkeiten. Aber: "Bei Bioland und Demeter ist man auf der sicheren Seite", sagte Niemann. Auch Naturkostläden oder der Hofverkauf entsprechender Betriebe böten zuverlässige Einkaufsmöglichkeiten für Verbraucher.

Entzug der Betriebserlaubnis reichen. Vorbereitet wird nach Meyers Darstellung auch, vom Paragrafen 40 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches Gebrauch zu machen, der bei schwerwiegenden Verstößen die Veröffentlichung der Namen beteiligter Betriebe vorsieht. Dazu genüge es bereits, wenn der "hinreichende Verdacht" auf eine Täuschung bestehe und ein Bußgeld von mindestens 350 Euro drohe.

"In Absprache mit der Staatsanwaltschaft werden wir nun prüfen, bei welchen Betrieben ein derart hinreichender Verdacht besteht, und dann das Verfahren einleiten", sagte Meyer. Die betroffenen Betriebsinhaber hätten allerdings ein Recht auf vorherige Anhörung und könnten dagegen

auch klagen. Von einer Veröffentlichung erhofft sich der Grünen-Politiker "abschreckende Wirkung".

Die Niedersächsische Geflügelwirtschaft gab kannt, dass auch ein Ermittlungsverfahren gegen den Vorsitzenden des Landesverbandes und Vizepräsident Zentralverbandes Deutschland, Wilhelm Hoffrogge, eingeleitet wurde. Die Staatsanwaltschaft ermittle wegen "angeblich geringfügigen "Überbesatzes" von Legehennen", heißt es in einer Mitteilung. Hoffrogge lasse seine Ämter ruhen. "Die Vorwürfe halte ich für unbegründet. Dennoch sehe ich mich zu diesem Schritt veranlasst, um Schaden für die Geflügelwirtschaft abzuwenden", so Hoffrogge.

Meyer wertete die systematische Überbelegung von

Ställen als "schwere Verbrauchertäuschung" und Verstoß gegen Kennzeichnung und Tierwohl. Um solche Fälle für die Zukunft möglichst auszuschließen, wolle man alle Instrumente ausschöpfen. Dazu schloss das Kabinett gestern auch eine Bundesratsinitiative, die auf mehr Verbrau-cherschutz und Transparenz abzielt. Unter anderem drängt Niedersachsen auf eine strikte Trennung von konventionellem und ökologischem Landbau. Mischformen soll es demnach nicht mehr geben. Derzeit gibt es laut Meyer in Niedersachsen 1080 Betriebe mit Legehennenhaltung, davon 211 als Biohöfe.

Scharfe Kritik übte der neue Landwirtschaftsminister an der Informationspolitik der Vorgängerregierung. Es sei zwar richtig gewesen, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zu gefährden. Aber eine frühere Unterrichtung der Öffentlichkeit wäre durchaus möglich gewesen, wohl auch schon vor der Wahl.

Falsch deklarierte Eier sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft Oldenburg inzwischen in acht Bundesländern verkauft worden. In 200 Fällen seien Eier als Freiland- oder sogar Bio-Eier in den Handel gelangt, obwohl sie aufgrund Haltungsbedingungen der Legehennen eine solche Bezeichnung nicht hätten tragen dürfen.